

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bezugsgeldern von 10 Pfennig und darüber 20 Pfennig

**Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen**  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich drei Mark (Halbmonatlich 1 Mark), durch die Post bezogen monatlich 2 Mark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Postfach 17 259 / Dresdener Nachrichten Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Geschäftsstelle: Dresden-Alt., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreise: Die normal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 20 RM. für Familienanzeigen 20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Text einer Zeile 1.00 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Preiskategorie besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang **Dresden, Freitag den 27. Januar 1928** Nummer 23

## Wahlverschleppung

### Bürgerblock will keine vorzeitige Auflösung des Reichstags

Die sogenannte demokratische und die sozialdemokratische Presse bringt täglich neue Artikel von der bevorstehenden Auflösung des Reichstags. Gestern noch widmeten die Dresdner Neuesten Nachrichten der „baldigen“ Reichstagsauflösung eine halbe Seite. Die Neuesten Nachrichten schildern das Durcheinander im Bürgerblock und fragen dann: „und wann wird aufgelöst? Die allgemeine Meinung ist der Ansicht: nach der Etatsberatung, Anfang oder Mitte April mit der Konsequenz der vom Minister Curtius angekündigten Malwahlen.“ Aber diese Ankündigung des Ministers Curtius war kaum verklingen, da verübete der volksparteiliche Abgeordnete Kahle im Reichstag, daß der Bürgerblock gar nicht daran denke, vorzeitig aufzulösen. Kahle erklärte, daß erst die Strafrechtsreform erledigt sein müsse. Er führte aus:

hochpolitischen Gründe finden, die die Hinausschiebung der unausschiebbaren Strafrechtsreform rechtfertigen könnten. Der Reichstag hat mit einer gewissen Feierlichkeit den Entwurf übernommen und den Entschluß gefaßt, das Werk zu vollenden. Wäre für schnelle Neuwahlen vorgebrachten Gründe müssen zurücktreten hinter der Notwendigkeit, das erfolgreich begonnene Werk der Strafrechtsreform nicht einfach in Scherben zu schlagen.

Mit diesen Ausführungen machte Kahle dem Märchen über die baldige Auflösung des Reichstags ein Ende. Die sozialdemokratische und demokratische Presse vergnügte sich damit, den Arbeitern zu erzählen, der Reichstag werde aufgelöst. Während dem verkündeten die Vertreter des Bürgerblocks, bevor sie nicht die reaktionären Gesetze durchgebracht haben. Die reaktionäre Strafrechtsänderung, die Millionengeschäfte an die Großagrarier, die Schulverfassung, die Aufhebung der Lasten auf die Schichten der breiten Massen sollen noch durchgeführt werden.

Die Kosten, die aber allein durch das Schulverfassungs-gesetz entstehen, sind ungeheuer. Sie betragen allein für Preußen 1/2 Milliarde, für Sachsen 100 Millionen Mark. Die Gesamtkosten dürften sich auf 800 Millionen Mark belaufen und eher zu niedrig als zu hoch angegeben sein.

Für die Werktätigen kann es nur eine Lösung geben: **Sinweg mit dem Bürgerblock-Reichstag!** **Fort mit der Bürgerblockdiktatur!** **Schluß mit den sozialdemokratisch-demokratischen Vermittlungsmännern!**

## Die Streitlage in Mitteldeutschland

Halle, 26. Januar. (Eigener Bericht.)

Die Kampfstimmung ist glänzend. Die Zentralstreikleitung teilt mit, daß die Aussperrung der Metallarbeiter durch die Unternehmer, die am Dienstag in Kraft treten sollte, nach den vorliegenden Meldungen ziemlich reiblos durchgeführt ist. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter in Magdeburg beträgt 20 000, in Halle sind es 5000 Arbeiter, jedoch unternimmt Streikende. In Halle sind 4300 Arbeiter durch die Unternehmer auf die Straße geworfen worden. Dagegen hat in Merseburg nur ein kleiner Betrieb ausgesperrt. Die Kampf-begleitung der ausgesperrten und streikenden Arbeiter ist nach wie vor sehr gut. Die Streikfront der Metallarbeiter steht unerschütterlich. Alle Versuche der Metallindustriellen, durch Zuschriften, in Rundreden, durch Bekanntmachungen und mit Drohungen die Metallarbeiter einzuschüchtern, sind erfolglos. Die Front der Unternehmer dagegen ist gar nicht so fest, wie man vorläufige möchte. Einzelne Firmen, die nicht dem Metallindustriellenverband angeschlossen sind, versuchen mit Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten zu verhandeln und zu verhindern, daß auch hier die Arbeiter in den Streik treten. An den Aussperrungsstellen der Industriellen stehen sie sich nicht. Aber die Arbeiterkraft darf sich auch nicht an die besonderen Wünsche dieser Betrieben Industriellen lehnen, sondern sie muß auch dort den Kampf aufnehmen.

In Halle findet heute die Auszahlung der Streikunterstützung für zwei Wochen statt. Die Solidarität der gesamten Arbeiterkraft wird überaus freudig begrüßt. Eine Generalversammlung des KPD in Halle bewilligte der KPD für Auszahlung an die Streikenden 200 Mark. Zahlreiche Betriebe geben Sympathieerklärungen für die Streikenden ab und versichern, daß sie am Freitag einen vollen Stundenlohn an die KPD für die Streikenden ablefern werden.

Im Halleischen Bezirk sind weitere Aussperrungen vorgenommen worden. So wurde in Bebiß im Saalekreis die jetzt 10 Mann betragende Belegschaft der mitteldeutschen Pflanzen-labris ausgesperrt. In Zeitz wurde die Belegschaft der Zeitzer Eisengießerei AG mit Kündigung, und die der Dampfmaschinenfabrik G. Schumann ohne Kündigung ausgesperrt. Heute abend findet in Zeitz eine Sitzung sämtlicher Betriebsräte und Vertrauensleute statt, in der unbedingt Maßnahmen getroffen werden müssen, die diese Aussperrungsdiktatur der Unternehmer so verantworten, daß ihnen der Appetit vergeht. Durchführung des Streiks in allen Betrieben wird auch hier die Parole sein.

In Merseburg hat eine Einzelfirma die Forderungen der Metallarbeiter bewilligt. Dort wird gearbeitet. Die Firma Schling und Beder sperrte zwei organisierte Arbeiter aus, was die reformistische Gewerkschaftsleitung immer noch nicht mit der Aufnahme des Kampfes in den anderen Betrieben beantwortet. Die bürgerliche Presse wünscht nach wie vor die schleunigste Beendigung des Kampfes durch die Einleitung eines neuen Schiedsverfahrens und die Verkündung der Verbindlichkeit.

Magdeburger Bezirk. Die mit wenigen Ausnahmen reiblos durchgeführte Aussperrung hat den Kampfgeist der

Metallarbeiter nur gesteigert. In Burg haben die Unternehmer nicht ausgesperrt. Es kommen hier nur einige Mittelbetriebe in Frage. Soweit Mittelbetriebe vorliegen, sind in allen übrigen Orten, bis auf ganz kleine Betriebe, die Arbeiter ausgesperrt.

## Die SPD bewilligt Fürsten-abfindung

200 Millionen für Karl Eduard von England

Jena, 27. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Revolutionsregierung des ehemaligen Freistaates Gotha hatte durch Geheh den englischen Prinzen und früheren Herzog von Gotha, Karl Eduard, entschädigungslos enteignet. Der Staatsgerichtshof hatte dieses Geheh für ungültig erklärt, und die jetzige Bürgerblockregierung hat unter Ausschluß des Landtages diesem Geheh in einem Vertrag das gesamte Staatsvermögen von 200 Millionen Mark wieder auszuliefern wollen.

In der gestrigen Landtagsitzung, in der über die Annahme dieses Schenkungsvertrages entschieden werden sollte, teilte der Finanzminister mit, daß allein der bisherige Prosch mit dem Herzog dem Land Thüringen 1/2 Millionen koste. Der Antrag wurde mit Hilfe der sozialdemokratischen Landtagsfraktion angenommen, die sich mit dem Vertreter der Sparrer der Stimme enthielt. Hätte die SPD gemeinsam mit den Kommunisten gegen den Antrag gestimmt, so wäre er mit 27 gegen 25 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt worden. Genau wie in Preußen hat somit die SPD dem Thüringer Fürsten Hunderte von Millionen in den Rücken geworfen.

## Achtung! Hinfertons an der Arbeit!

Schon vor einiger Zeit haben wir darauf hingewiesen, daß in Dresden ein Spindel für die Unternehmer sein Unwesen trieb. Der trecke Burche, der wahrlich nicht zur Hinfertongarbe gehört, gab sich hier bei Arbeitern als Reaktor Goldhammer von der Arbeiterstimme aus.

Hier in Dresden versuchte er speziell bei den Eisenbahnern zu spiheln. Er erlebte aber einen Mißfall. Einige Zeit war es nun ruhig gemorden. Jetzt hat dieser Burche sein Arbeits-gesicht in die Landorte verlegt. Wie uns heute mitgeteilt wird, hat er sich in einem Betrieb in Pirna an einen Arbeiter gewendet. Dieser, ein jugendliches Mitglied des Roten Front-lämpferbundes, hat sich auch mit dem Spindel in ein Gespräch eingelassen. Prompt wurde der Arbeiter denunziert und erhielt dann von der Firma eine schlechterbezahlte Arbeit zugewiesen.

Einige Zeit später wendete sich der Spindel dann an den Vater des jungen Arbeiters. Dieser aber hatte Kenntnis von unserer Warnung erhalten und ließ den Spindel abblitzen.

Der Fall zeigt aber, wie notwendig es ist, Voricht gegen unbekanntes Puschlager zu üben. Der jugendliche hätte keineswegs Auskunft erteilen können, wenn er selbst unsere Zeitung gelesen hätte, oder aber, wenn die Genossen und Zeitungsetzer die Arbeiterkraft gewarnt hätten.

Wie richten an alle Leser das dringende Ersuchen, ihre Arbeitskollegen vor dem Lumpengefährde zu warnen. Gebt keine Auskunft an Unbekannte, erteilt den Spindeln die richtige Abfuhr.

## Die zündende Wahl-parole

Ein Notizet aus dem sächsischen Naturforscherverein der SPD

Die parlamentarischen Parteien der deutschen Hindenburg-republik starten zum Wahlkampf. An der Börse der politischen Geschäftemacher und geschäftstüchtigen Politiker werden täglich die Kurse notiert. Die parlamentarischen Klopfflechter der deutschen Bourgeoisie verkünden feierlich die neue Ära. Minister-reben, die sonst nüchterne Berichte der Rapports aus dem Hauptbuche des Trustkapitals darstellen, verwandeln sich in glück-verheißende Volkssprechungen. Das große Wahlgeschäft wird von der Bourgeoisie auf der ganzen Linie sorgfältig vorbereitet.

Die parlamentarische Republik ist die gegenwärtige Herrschschaftsform des Großkapitals. Der soziale Untergrund, auf dem die Wahlen durchgeführt werden, wird durch die Bürgerblock-politik gekennzeichnet. Die deutsche Bourgeoisie bereitet sich zum Wiedereintritt in die internationale Rechtspolitik vor. Die innenpolitischen Voraussetzungen zur erfolgreichen Durchführung der außenpolitischen Ziele des Großkapitals sind die Abwägungen der Kriegslasten und der Zurückweisung der Abwägungen und politischen Ansprüche der Ausgebeuteten. Kurzum, die Unterdrückung der bedrückten Klasse. Der Klassenkampf wird von den Besitzenden mit allen Mitteln geführt. Für sie ist auch der Wahlkampf ein Teil des Klassenkampfes. Der Niedergang der Konjunktur, das Anwachsen der Schwierigkeiten der Bürgerblock-regierung, die finanziellen Schwierigkeiten der Bürgerblock-regierung, die ungeheuren sozialen Kämpfe um Lohn und Arbeitszeit sind untrügbare Anzeichen für die wachsende Verschärfung der Klassen-gegensätze. Es gibt innerhalb des kapitalistischen Systems keine Aufhebung der Klassengegensätze, keine Beseitigung der Ausbeutung. Die Bourgeoisie ist deshalb bestrebt, ihre Herrschaft mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten.

Die Sozialdemokratie verkündet täglich in ihrer Presse und in ihren Versammlungen, daß der Wahltag der Tag der großen Abrechnung sei. Mit dem Stimmzettel soll die Klassenauseinander-setzung geführt und die Bourgeoisie überwinden werden. Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wahlen ergibt sich aus der Stellung der SPD zur kapitalistischen Republik. Hat die SPD bisher mit der Bourgeoisie Bündnispolitik getrieben, so führt sie auch den Wahlkampf im Zeichen der Bündnispolitik mit der herrschenden Klasse. „Winkwahl“ ist die große Parole. Wels, Roste, Renabel, Vandervele, Macdonald geben diese Lösung für alle Parteien der 2. Internationale im „Wahl-jahr 1928“ aus.

Wenn Wels im Neujahr-Vormarsch die Lösung „Wink-wahlen“ agitatorisch formuliert, so wird im Januarheft der „Gesellschaft“, Hilferdings Organ, für diese Lösung die theoretische Begründung geliefert. Mit dem Ausgang der Wahlen in Deutschland übernahm die deutsche Sozialdemokratie die größte Verantwortung vor dem Proletariat aller Länder. Auf Grund vorausgegangenen Wahlen in Ländern und Gemeinden schätzte der Artikel die Stimmzahl der SPD bei den kommenden Reichstagswahlen auf 9 1/2 bis 10 Millionen. In Sachsen wird der SPD auf Grund der Politik der Zentrifren die schlaechtere Wahlausgang vorausgesetzt. Für die SPD liehe im Wahlkampf die Aufgabe der Eroberung der Hegemonie des Proletariats. Sei dies geschieht, dann könne mit Erfolg der Kampf um die parlamentarische Majorität der Sozialdemokratie im Reichstag aufgenommen werden. Wenn es gelinge, mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie die „Erfolge“ zu erreichen, dann könne die planmäßige Durchführung der Wirtschaftsdemokratie begonnen werden. Nach Hilferding soll dann „die von den Kapitalisten organisierte und gebildete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat gebildete Wirtschaft umgewandelt“ werden. In diesem politischen System ist die Koalitionspolitik als „Übergangsperiode von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaft“ (Kautsky), die zentrale Frage der reformistischen Taktik. Die Koalition im Reichstag nach den Wahlen stellt die Gesellschaft von vornherein außer Frage. Es wird ein Artikel der Kölnischen Zeitung zitiert, nach dem Stresemann in einer Kürnbberger Rede auf die Notwendigkeit eines Zusammenarbeitens mit den Sozialdemokraten hingewiesen habe. Die Kölnische Zeitung sagt, daß

„die in Aussicht genommene Regierungscoalition des neuen Reichstages, die um die Bayerische Volkspartei verlängerte Große Koalition sein dürfte“.

Die bürgerlichen Parteien hätten keinerlei Ideale, ihnen fehle die große einigende Weltanschauung. Hingegen verfüge die Sozialdemokratie über eine geschlossene Weltanschauung (!) und auf Grund derselben werde sie das Übergewicht gegenüber den bürgerlichen erreichen. Soweit die reformistische Logik.

Im Reichstag ist die „Opposition“ der SPD wohltemperiert. Severing, der Redner der Reichstagsopposition zum Etat hat jedes Wort sorgfältig abgemessen. Zur Begründung der künftigen Koalition schüttelt Scheidemann dem republikanischen General-quartiermeister Groener die Bruderhand und der Parteivorstand bietet als Unterpfand den „Blutband“ als Reichstagskandidaten an.

Noch ein anderer Vorgang verdient in diesem Zusammen-hang die höchste Aufmerksamkeit der deutschen Arbeiter. Der

# Zerstückelungsaktion der SPD

## Die Kommunistenbege im mitteldeutschen Kampf

Halle, 27. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Hege der reformistischen SPD und Gewerkschaftsführer gegen die SPD wird treffend beleuchtet durch folgenden Aufsatz, den das SPD-Bolksblatt Halle gestern veröffentlicht:

„An die SPD-Metallarbeiter. Der Kampf der Metallarbeiter um besseren Lohn wird voraussichtlich von längerer Dauer sein. Deshalb sind von parteigewerkschaftlicher Seite Mittel zur Verfügung gestellt worden, um den freitenden SPD-Metallarbeitern eine Sonderunterstützung in dem für sie besonders schwerem Kampfe zuzumessen zu lassen. Alle freitenden SPD-Metallarbeiter von Halle und Vororten werden deshalb gebeten, ihre Adresse unter Vorlegung des Parteibüchchens und der Streikkarte im Parteisekretariat Satz 42/44 abzugeben. Nach freitenden Metallarbeitern, die ohne direkt Mitglied der Partei zu sein, die Arbeit der Fraktion in Versammlungen und Werkstätten unterstützen haben, werden gleichfalls aufgefordert, unter Vorlegung der Quittung des Volksblattes ihre Adresse abzugeben.“

Der Vorstand, J. A. A. Schauburg.“

Was will die SPD mit diesem Aufruf erreichen? Unsere Leser werden sich entsinnen, daß die DMB-Bureaufrauten die Unterstützungsfunktion der IAB mit einer niederträchtigen Hege beantworteten. Die reformistische DMB-Führung erklärte, daß sie sich jede Einmischung und Unterstützung verweigere. Die Dresdner Volkszeitung übertrug diese Kommunistenhege mit den Worten: „Anerkennung Hilfe“ und schrieb: „Wiederholt haben Bezirkskonferenzen die Eingriffe von außen abgelehnt. Nun macht sich die Internationale Arbeiterhilfe bemerkbar und veranstaltet Sammlungen für die freitenden Metallarbeiter. Wir lehnen auch diese Einmischung und Unterstützung dankbar und entschieden ab. Jede Ortsverwaltung, sowie jeder Kollege ist gehalten, Sammlungen irgendwelcher Art seitens der Internationalen Arbeiterhilfe zu unterbinden ... die Unterstützung jedes Kollegen ist gesichert.“

Jetzt greift nun die SPD offen in den Kampf ein und beginnt Sonderunterstützungen an die sozialdemokratisch organisierten Metallarbeiter zur Auszahlung zu bringen. Es ist ganz klar, daß die Reformisten diese „Unterstützung von außen“ nicht als „anerkannte Hilfe“ ablehnen und dagegen Stellung nehmen werden; denn diese Unterstützungsfunktion der SPD hat keinen anderen Zweck als die geschlossene Kampffront der Streikenden zu zerbrechen. Die unorganisierten sollen ohne jede Unterstützung und die gewerkschaftlich organisierten SPD-Arbeiter sollen von den anderen durch eine Sonderunterstützung abgesplittelt werden. Damit wird nicht nur mit einem Schlage das Getreue der SPD-Führer und ihrer Presse über die „Einmischung der SPD in den Metallarbeiterkampf“ als demagogisches Manöver entlarvt, sondern zu gleicher Zeit der Beweis erbracht, wie die SPD ihre Arbeitermitglieder wieder an den reformistischen Karren spannen möchte. Zu diesem Zwecke sollen auch die Leser der sozialdemokratischen Presse mit solchen Unterstützungen gewonnen werden. Der Aufruf der SPD zeigt weiterhin sehr deutlich, daß sie hier schamlos ihre Parteijurpe am Metallarbeiterkampf locken will, wahrscheinlich nicht zuletzt aus wahlpolitischen Gründen.

Die freitenden Arbeiter lehnen die in den letzten Tagen veröffentlichte Hege der Reformisten gegen die SPD mit aller Entschiedenheit ab. Das heißt auch folgende Meldung:

Halle, 27. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

In einer gutbesuchten Delegiertenversammlung der Halleischen Hühnerwerke wurde folgende Resolution angenommen, die sich gegen die maßlose Hege der reformistischen Gewerkschaftsführer gegenüber der Unterstützungsfunktion der IAB wendet:

„Die Belegschaft der Halleischen Hühnerwerke verurteilt aufs Schärfste die Maßnahmen der Gewerkschaftsbureaufrauten, das Hilfswort der IAB zur Unterbindung der unorganisierten freitenden Metallarbeiter zu unterbinden, da dieser Streik für die gesamte Arbeiterschaft geführt wird, darf das Solidaritätsgefühl der Werttätigen nicht mit Nützen getrieben werden.“

### Heute 19,30 Uhr L.L.L.-Kundgebung

im „Reichsbanner“ in Dresden-N., Bischofsweg  
Filmaufführung, Sprechchor, Ansprache / Erscheint in Massen!

## Neue Tiefenkredite an die Junker

### Drohung der Lebensmitteleinfuhr Preisaufbau!

Die Ausschussberatungen zum Etat des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft stehen vollkommen unter dem Druck der großen Landbundverbände, die seit Wochen an allen Ecken Deutschlands unter wütendem Geschrei (stutzen, u. deren Zweck es ist, gewaltig neue Summen in der Form von Viebesgaben für die Großgüter an Reichsmitteln oder zu machen. Es handelt sich um die sogenannte „Umwidmung“ der etwa 3-4 Milliarden Reichsmark betragenden kurzfristigen Personal- und Schwimmschulden, die mit Staatshilfe langfristige gemacht werden sollen.

Nachdem Minister Schiele bereits am Sonnabend die neue Kredittation der Reichsregierung angekündigt hatte, rüdten endlich am Mittwoch — offenbar nach langwierigen interfraktionellen Beratungen — die Bürgerblockparteien mit einem entsprechenden Antrag heraus. Wahrscheinlich die Junker sind nicht bescheiden! Das Reich soll den „territorialen Kreditinstituten“, die mit der Aufnahme der für die Junker bestimmten Auslandsanleihe betraut sind, sofort einen Zwischenkredit in Höhe von 100 Millionen Mark auszahlen. Weitere Vorwürfe sollen folgen, wozu das Reich Schwachstellen geben soll. Diese neuen Kredite sollen nicht nur wie bisher als erstklassige Hypothek, sondern auch an zweiter Stelle gewährt werden. Die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute sollen dafür Bürgschaften leisten.

Außerdem verlangen die Bürgerblockparteien umfassende Steuererleichterungen, Erlass der Zinsen für Steuerrückstände und dergleichen. Den werttätigen Massen will man dadurch Sand in die Augen streuen, daß man erklärt, sie sollten auch von den neuen Krediten auf hohen Schuldschein hin etwas abbekommen.

Aber nicht genug damit. Der Minister Schiele teifte dem Ausschuss mit, daß die Reichsregierung bereit sei zur Stabilisierung der Fleischpreise 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Es ist offenbar an die Schaffung einer Reichshandels-gesellschaft gedacht, ähnlich der berühmten Getreidehandels-gesellschaft. Natürlich weitererten sämtliche Redner des Bürger-blocks gegen die Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln und verlangten Maßnahmen zur Unterbindung dieser Einfuhr. Für die Förderung der Milchverwertung als der Großmolkereien, sind von der Reichsregierung rund 18 Millionen Mark bereitgestellt. Für die kommunizistische Aktion kennzeichnete Genosse Dörns wiederholte die schamlose Liebesgabenpolitik, die hier

den. Die Solidarität ist das Rückgrat der Streikenden bis zur siegreichen Beendigung des Metallarbeiterkampfes.“

In einer großen, gutbesuchten Metallarbeiterversammlung, die gestern der Landesvorstand der IAB einberufen hatte, wurde eine ähnliche Entschiedenheit angenommen.

## Ausschlussdrohungen der Reformisten

Magdeburg, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Am Dienstag dem 24. Januar erklärte der Bezirksvorstand des IAB, Kaeler, auf einer Versammlung der freitenden Metallarbeiter, daß er mit allen Mitteln dahin streben werde, daß die Mitglieder der kommunistischen Stadtvereins-fractionen, soweit sie organisierte Metallarbeiter sind, aus dem Verband herausfallen, wenn sie sich erlauben, bei den Kommunisten Anträge auf Unterstützung der Metallarbeiter einzubringen.

Dieser Ausspruch zeigte den kämpfenden Metallarbeitern klar und deutlich, wie die Reformisten sich die sozialdemokratische Wahrnehmung der Arbeiterinteressen vorstellten. Bei allen Metallarbeitern steigen angeichts einer solchen Haltung von Verbandsangehörigen die größten Bedenken gegen die reformistische Gewerkschaftspolitik auf. Die Arbeiter verfolgen durchaus nicht, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaufrauten mit größter Seelenruhe Millionenbeträge aus dem Korruptionsfonds anlässlich des Ruhekampfes vom Bürgerblock annehmen, andererseits aber die berechtigten Forderungen der Arbeiter an die Kommune, deren Finanzen aus den Steuergroßen der Arbeiter aufgebracht und für arbeitserindliche Zwecke verwendet werden, als „gelbe Bettel“ zu bezeichnen wagen. Dieses Doppelspiel, das nicht nur von blindem Kommunismus zeugt, sondern gleichzeitig die Front der Streikenden finanziell schwächt und den Unternehmern direkt in die Hände arbeitet, wird von den kämpfenden Arbeiterschaft mit jedem Tage mehr und mehr durchschaut.

Diese unerhörte Hetzkampagne, Drohungen und Beschimpfungen, die gegen die Kommunisten ausgeübt werden, haben natürlich einen tieferen Sinn. Die mitteldeutschen Kommunisten und die kommunistische Presse in ganz Deutschland führen einen erbitterten und rücksichtslosen Kampf gegen die mitteldeutschen Fabrikbetriebe. Die Kommunisten sorgen gleichzeitig dafür, daß die Arbeiterklasse über jeden einzelnen Abschnitt des Kampfes volle Aufklärung erhält. Die Kommunisten warnen die Arbeiterklasse vor den Gefahren der reformistischen Gewerkschaftspolitik, die dem Schlichtungswang treu ergeben ist und die Arbeiterklasse dem Schlichtungswang beim Kampf der Tabakarbeiter, beim mitteldeutschen Bergarbeiter- und Eisenbahnerkampf und beim Ruhekampf der nordwestlichen Gruppe mit gebundenen Händen auch jetzt wieder den Unternehmern ausliefern will. Alle Meldungen aus dem mitteldeutschen Kampfgebiet zeigen, daß die Arbeiterklasse die Größe der reformistischen Gefahr und die Verdrängung der kommunistischen Warnungen erkannt hat, daß die Metallarbeiter fest entschlossen sind, unter „einen Umständen ein neues Schlichtungsbit“ auf sich zu nehmen. So stark ist der von den Kommunisten benutzte gestärkte Kampfeswille der Arbeiter, daß die Reformisten bei den letzten Schlichtungsverhandlungen in Berlin nicht wagen durften, nach dem Vorstoß des Reichsverbandes mit lumpigen 5 Pf. Lohnerhöhung und einem verbindlich erklärten Spruch zurückzuführen, obgleich es offenes Geheimnis war, daß die reformistische Bureaufraute am Vorabend der Schlichtungsverhandlungen, an ihren ganzen Apparat auf einen Schiedspruch und sofortigen Abbruch des Kampfes eingestellt hatten und überall die Parole ausgab: „Es dürfen keine Rückschläge gescheit werden, ehe nicht das Eracnis der Verhandlungen vorliegt.“ Dank der Harten und scharfen Sprache der Kommunisten ist der Abwürgungsversuch des jetzigen Kampfes elend gescheitert. Und die jetzige Kommunistenhege ist nur ein Zeichen dafür, daß man den Kampf nicht abwürgen darf, ehe man von sozialdemokratischer Seite aus die Front der Kampfen den nicht spalten und die Arbeiterschaft gegeneinander aufreiben hat. Die Kommunistenhege ist nur der äußere Ausdruck dafür, daß hinter den Kulissen und ohne Wissen der kämpfenden Metallarbeiter neue Anstrengungen unternommen werden sollen, um diesen heldenhafte Kampf mit Hilfe der Schlichtungsmaschinerie durch einen elenden Schiedspruch abzuwürgen.

Wohl verfolgt in den gegenwärtigen Lohn- und Arbeitszeitkämpfen die Taktik des teilweisen Nachgebens gegenüber den Streikforderungen der Belegschaften. Er stellt sich an die Spitze der Bewegungen mit dem Ziel, ihnen den politischen Charakter und die Spitze gegen die Staatsgewalt zu nehmen. Es ist klar, daß die reform. Gewerkschaftsführer ihrer Taktikabstellen auf die propagandistische Bedürfnisse der SPD im Wahlkampf. Deutlich sichtbar wird diese Taktik durch die Kommunistenhege, die Husemann in Essen einleitete und die ihre Fortsetzung in der mitteldeutschen Metallarbeiterbewegung gefunden hat. Durch diese Kommunistenhege soll der Bourgeoisichtbar gemacht werden, daß sich der Kampf nicht gegen die kapitalistische Ausbeutung richtet. Auch für die reformistische Gewerkschaftstaktik ist die Ermöglichung einer Koalitionsregierung nach den Wahlen ausschlaggebend.

Es ist nicht zu leugnen, daß in der Strategie des sozialdemokratischen Parteivorstandes ein politisches System verdrängt ist. Was haben nun die „linken“ sozialdemokratischen Führer diesem System gegenüberzustellen? Es ist von uns schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die sächsischen sozialdemokratische Presse nicht magt, die offene Koalitionsparole des Parteivorstandes ihren Lesern mitzuteilen. Im ersten Januarheft des Klassenkampfes, dem Organ der Zentrifisten, gibt Max Seydewitz die Stellung der „Linken“ zu den Wahlen bekannt. Seydewitz fordert, daß die Sozialdemokratie gegen alle bürgerlichen Parteien im Wahlkampf stehen müsse. Es gebe um den Kampf für die Errichtung der Klassenlosen Gesellschaft. Dabei spürt jedoch Seydewitz selbst, daß es in der jetzigen Situation keineswegs so einfach ist, den Arbeitern etwas vorzumachen. Sol doch die Arbeiterschaft die Früchte der preussischen Koalitionspolitik vor Augen. Seydewitz fürchtet deshalb, „daß eine Verquickung des Reichstagswahlkampfes mit der preussischen Koalitionsparole die Stoffkraft der Partei schwächen und den Wahlkampf dämpfen“ wird. Es ist wirklich kein Vergnügen, auf der einen Seite Klassenkampf und Opposition zu mimen und auf der anderen Seite die preussische Koalitionspolitik verteidigen zu müssen.

Die sächsischen „Linken“ kennen die Koalitionsparolen des Parteivorstandes. Böckel hat bereits die offene Koalitionsparole als einen großen Fehler bezeichnet. Man dürfte noch nicht Koalition sagen, „bevor nicht alle Figuren im Felde sind“. Seydewitz formuliert das so:

„Die Gefahr besteht also, daß die Mehrheit der Partei nach einem dank der bisherigen Oppositionsstellung erzwungenen Wahlsieg zu jeder Koalition bereit ist und ihre Mitwirkung an der Regierung weniger von dem im Interesse der proletarischen Klasse zu vermittelnden Forderungen abhängig machen wird, als von der einfachen Bereitschaft der jetzt mit im Bürgerblock stehenden bürgerlichen Parteien.“

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden gewiß annehmen, daß Seydewitz nach diesen Mitteilungen über die politischen Pläne des sozialdemokratischen Parteivorstandes diesem nunmehr die Wahlplattform der „Linken“ demgegenüberstellen werde. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen auch diesmal eine Entscheidung über sich ergeben lassen. Seydewitz erklärt frank und frei, daß der Reichstagswahlkampf auch geführt werden müsse um die Anerkennung der Regierungsfähigkeit durch die bürgerlichen Parteien. Allerdings soll diese Anerkennung den Arbeitern schmachhaft gemacht werden durch die Aufstellung bestimmter proletarischer Forderungen:

„Diese Forderungen, die den Klassen beweisen, daß die Sozialdemokratie die entschlossene Vertreterin der proletarischen Klasseninteressen ist, müssen von Fraktion und Parteiführung baldigst als zündende Wahlparole formuliert und nach dem Wahlsieg durchgesetzt werden.“

Derselbe Parteivorstand, von dem Seydewitz selbst sagt, daß er den Wahlkampf als Kampf um Anerkennung der Regierungsfähigkeit führe, der soll „zündende Wahlparole“ aufstellen und eine proletarische Wahlplattform schaffen. Das ist die ganze Weisheit der „Linken“. Sie haben den Arbeitern nichts zu bieten als Vertrauenslosigkeit gegenüber Wels und Koste. Sie haben keine eigene Theorie, kein eigenes politisches Programm. Und diese Niederlagenstrategen erzählen den sozialdemokratischen Arbeitern jeden Tag, daß sie aus der sozialdemokratischen Partei wieder eine revolutionäre Klassenkampfpartei machen werden. Die Stellungnahme zum Wahlkampf muß für die sozialdemokratischen Arbeiter eine neue Lehre dafür sein, daß von den zentrifistischen Führern keine marxistische Renaissance der Sozialdemokratie erwartet werden darf. Eine Wiedergeburt der Sozialdemokratie zum Marxismus ist unmöglich. Das müssen auch die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen lernen. Jeder Arbeiter, der auch den Wahlkampf als außerparlamentarischen Klassenkampf führen will, der bereit ist, die politischen Lehren von Marx und Lenin in diesem Kampfe anzuwenden, der im Befreiungskampf der Arbeiterklasse das große geschichtliche Ringen um den Sozialismus erblickt, der kann nur unter der Führung der kommunistischen Partei seine Kraft und seines Bestes einsehen.

## Schwere Stürme über Newhart

Newhart, 26. Januar.  
Ungewöhnliche Stürme haben die Stadt und die nähere Umgebung während des ganzen gestrigen Tages heimgesucht und wandern jetzt in der Richtung auf den Atlantischen Ozean ab. Der angerichtete Schaden läßt sich bei weitem nicht überschauen, jedoch sind, soweit bisher festgestellt wurde, mehrere Schiffe erheblich beschädigt worden, unter ihnen auch der Schlepper „Dewar“, der während des spanisch-amerikanischen Krieges von den Vereinigten Staaten gekapert wurde. Das Wasser erreichte im Hafen einen bisher noch nie dagewesenen Höchststand, und die in der Nähe des Hudson-Klusses gelegenen Straßensümpfe fanden teilweise unter Wasser. Alle einkommenden Dampfer, auch die größten Schnell dampfer haben beträchtliche Verspätungen aufzuweisen.

## Bombenattentat in Chicago

Das Achtuhr-Abendblatt meldet aus Chicago:  
Auf zwei politische Persönlichkeiten, die dem Bürgermeister Thompson nahestanden, wurden heute Bombenattentate verübt. Fast zu genau derselben Zeit wurde gegen das Haus des Stadtkämmerers Charles Fitzmorris, der früher Polizeichef war, und gegen die Wohnung des bekannten politischen Führers Dr. Reed Bomben geschleudert. Bei dem ersten Attentat steht fest, daß die Bomben aus einem vorbeifahrenden Automobil geworfen wurden. Das Haus wurde fast völlig zerstört.

## Erdbeben in Calabrien

Rom, 26. Januar.  
Das Städtchen Cardinale in Calabrien, das seit Jahren durch wiederholte Erdbeben betroffen wurde, ist gestern wieder von heftigen Erdbeben heimgesucht worden, wodurch sieben Häuser zerstört wurden und 40 Häuser in große Gefahr gekommen sind, da sie sich in der Bahn des langsam wachsenden Gerölls befinden. 300 Personen sind obdachlos.

## Banrott der Korruptionsfirma

10 Millionen verpulvert — 500 Mann arbeitslos

Das Ergebnis des Phoebofundals

Berlin, 27. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie gemeldet wird, wird die Filmgesellschaft m. b. H. Böhnen, die die Lieferungsverträge von Rohfilmen für die Phoebo-WG hatte, den Betrieb infolge der Schwierigkeiten der Phoebo-WG einstellen müssen. Am 4. Februar wird der erste Hälfte und am 18. Februar der Rest der 500 Mann starken Belegschaft gekündigt werden. Zu dem Ergebnis des Phoebofundals der den Werttätigen 8-10 Millionen Steuererlöse geliefert hat, kommt jetzt noch hinzu, daß 500 Arbeiter auf das Straßenniveau sinken.





## Auch in Ottendorf-Ostrilla — Festeisen

Die Wasserwerkseinstellung findet am Sonnabend, dem 28. Januar, statt, anschließend Festeisen. So hört man aus den Reihen der Einwohnerstadt, als wenn es eine Angelegenheit des gesamten Ostes wäre. Welt gefühlt! Die Plaggen in den Farben der deutsch-kapitalistischen „Republik“ werden zwar vom Rathaus und anderen öffentlichen Gebäuden wehen, aber die „Dessentlichkeit“ hat damit nichts zu tun. Am wenigsten spüren davon im Magen und in der Geldtasche die Arbeiter, die monatelang unter den schwierigsten Verhältnissen das Werk geschaffen haben. Schlecht bezahlt, Tag für Tag angetrieben, in Schlamm und Wasser lebend, die letzten Kleidungsstücke heruntergeschliffen... „Notstandarbeit“ verrichtend! Alle die Wertstücken sind „abgehunden“, sie dürfen sich nicht an der Einweihung und dem anschließenden Essen beteiligen. Sie dürfen kempeln gehen... Es wäre auch noch schön! Wie kann man so etwas überhaupt erwarten, wo doch „Herrschaffen“ eingeladen sind, die zum Teil noch nie etwas mit dem geschaffenen Werk zu tun hatten. — Wer bezahlt denn das Essen, und — getrunken wird doch auch wieder! Einer sagt: „Natürlich die Steuerzahler“, der andere: „Keine Bohne, die Gemeinde hat kein Geld, das wird wahrscheinlich die Firma Hempel bezahlen, die bei dem Objekt „nicht“ verdient hat!“ Glück auf! Wahrscheinlich sammeln sich um den Herrn Stadtrat aus Waldheim nur die Gemeindevorordneten wieder, die schon bei der Beschlussfassung über die Vergütung der Arbeiter an diese Firma hinterher zu einem Schoppen zusammensitzen. — Die Vertreter der Kommunisten werden sich an diesem K... Unternehmertum nicht beteiligen, sondern, wie immer, die „anderen“ unter sich lassen.

Ottendorf-Ostrilla. Sonntag den 29. Januar findet im Sitzungssaal die Lenin-Liebnecht-Luzemburg-Kundgebung statt. Genosse Hoop, Dresden, hält die Ansprache. Zur Vorbereitung gelangt u. a. das große Plakat: aus den schwersten Tagen der russischen Revolution, „Die Todesarten“. Weiter wird der Mopt-Film laufen. Umrahmt wird die Veranstaltung durch Musik und Rezitationen. — Wir wünschen die gesamte Arbeiterschaft von Ottendorf und Umgebung, diese Gedenkfeste für die verstorbenen Führer des Proletariats zu besuchen. Der Eintritt beträgt nur 50 Pf. Erwerbslose zahlen gegen Ausweis 25 Pf.

Pomm. Nachr. Am 17. Januar 1928 verstarb unerwartet an einer plötzlich aufgetretenen schweren Krankheit der im 24. Lebensjahr lebende Arbeiter und Kleinbauer Friedrich Emil Schultze. Sein Verbleib für die revolutionäre Arbeiterbewegung scheidet ihm ein dauerndes Gedenken.  
KPD Ottendorf-Ostrilla, Prochw. Pomm.

## Modernes Bettlerium in Brodowj-Sörnnewitz

Wie oft ist es schon vorgekommen, daß wenn Proleten für ihre im Kampf stehenden Kollegen gesammelt haben, die Gelder von der Polizei beschlagnahmt wurden. Ganz anders ist es mit der Kirche. Der Kirchenvorstand von Brodowj-Sörnnewitz hat durch die Gemeinde an diejenigen, die durch ihren färglichen Lohn keine Einkommensteuer bezahlen brauchen, eine Auforderung zur freiwilligen Kirchensteuerzahlung für 1927 gesandt. Wer nun denkt, daß die Kirche bei beiden jede Gabe nimmt, der irr! Denn es steht geschrieben: „Sie möchten wenigstens 2 M. freiwillige Kirchensteuer bis spätestens den 1. März 1928 auf einmal oder in zwei Raten an die Gemeindekasse zahlen.“ Wenn die Kirche Geld braucht, soll der Prolet erhalten, und nicht nur diejenigen, die der Kirche angehören, auch an Arbeiter, die schon vor Jahren aus der Kirche ausgestiegen sind, hat man dieses Schreiben gesandt. Nur was braucht die Kirche das Geld? Da steht weiter geschrieben: „Der heilslose Satz der Kirchensteuer von 12 Prozent der Reichseinkommensteuer bringt für unsere Gemeinde nicht den nötigen Bedarf von circa 3800 Mark für unser gesamtes kirchliches Wesen.“ Diese enorme Summe veranschlagt allein das Anwesen, genannt Kirche, von dem noch ein anderes Wesen hinzu, nämlich der Pfarrer selbst, der monatlich circa 600 Mark Gehalt bezieht, das sind im Jahr zusammen 7200 Mark, die aufgebracht werden müssen von wem? Vom Prolet! Hoffentlich geben diese Zahlen vielen Proleten Anlaß zum Nachdenken. Es ist beweisend, daß selbst Sozialdemokraten, die mit der Kirche geschlossen haben, zur Bekämpfung der Ministerbetrücker der Gemeinde, die eine linke Mehrheit besitzt, die Feier durch religiöse Lieder ausschmücken ließen und so der Kirche wieder Vorzueh geleistet haben. Werttätige, merkt ihr es noch nicht, daß sich die Kirche durch euer lauer verdientes Geld bereichert und auch dafür mit unterdrückt? Nicht die Konfession; heraus aus der Kirche, erkennt euer Klassenbewußtsein, meldet eure Kinder vom Religionsunterricht ab, schickt eure Kinder, die Eltern die Schule verlassen, zur Jugendweihe!

## Wo sind die 8000 Mark hingekommen?

Schönbach b. Sebnitz. Unter unserer Einwohnerschaft besteht seit langem schon ein Mißtrauen gegenüber den Behörden der Amtshauptmannschaft. Die schlechte Finanzlage der kleinen Gemeinden ist hinlänglich bekannt, und der Umstand, daß bei uns ein Fehlbetrag von circa 8000 M. vorhanden ist, von dem seit langem schon die Amtshauptmannschaft unterrichtet ist, ohne daß nennenswerte Ergebnisse bekannt wurden, macht es verständlich, daß die heilige Einwohnerschaft auf Klärung durch die Amtshauptmannschaft hindrängt. Unter starker Beteiligung der Einwohner fand am 23. d. M. eine öffentliche Einwohnerversammlung statt, in der die Arbeitervertreter ihren Bericht erstatten sollten. Bürgermeister May erhob Einspruch gegen Abhaltung dieser Versammlung; die Gründe sind jedem Kaufmann verständlich, wenn man bedenkt, daß unter seinem Regime der Fehlbetrag zustande kam und er daher auch an der Verschleppung der ganzen Angelegenheit stark interessiert ist. Eine Abstimmung ergab, daß alle Anwesenden gegen den Bürgermeister stimmten und zum Ausdruck brachten, endlich Aufklärung zu schaffen. Von Gen. May wurde hierauf das Anhalten vom Jahre 1924 bis 1927 angefordert sowie das bisherige Ergebnis der eingehenden Untersuchung bekanntgegeben. Es sind 8000 M. Fehlbetrag festgestellt worden; diese Lasten löste ein sehr lebhafter Auspruch aus und wurde, nachdem Genosse Hartmann alle gestellten Anfragen beantwortet, eine erneute Einwohnerversammlung verlangt. Hoffentlich sorgt die Amtshauptmannschaft nunmehr für baldige Klärung, die, wenn auch für den alten Bürgermeister zwar unangenehm, für die dortigen Einwohner aber von weittragender Bedeutung ist.

## Geheimnisvolle Hausung

(Arbeiterkorrespondenz)

Königsstein. Nach den in unserer Stadt umlaufenden Gerüchten hat bei einem Polizeibeamten eine Hausung stattgefunden. Um allen Redereien ein Ende zu machen, wäre es angebracht, wenn der Polizeikommissar Stellung hierzu äußern würde.

## Liebnecht-Kundgebung in Berggießhübel

Berggießhübel. Zum Gedenken der großen Führer Lenin, Liebnecht und Rosa Luxemburg und der vielen tausend gefallenen Kämpfer für die große Sache des internationalen Proletariats veranstaltet auch Berggießhübel dieses Jahr erstmalig eine Kundgebung. Die Parteigenossen und KPD-Kameraden der umliegenden Orte, wie Gottleuba, Gersdorf, Bahra, Langenhennersdorf, Groß-Cotta und Ottendorf, haben

ihre Unterstützung zugesagt. Die Kundgebung ist für den 29. Januar 1928, 19.30 Uhr, angesetzt und muß umständehalber in der Panoramahalle stattfinden. Die Parteigenossen und KPD-Kameraden wollen dies beachten und mit ihren Familienangehörigen pünktlich zur Stelle sein.

## Ueberstundenchinderei bei Vasko, Freiberg

Geradezu skandalöse Verhältnisse machen sich jetzt in der Eisengießerei und Maschinenfabrik von Vasko, Freiberg, breit. Während in einem Teil von Sachsen und in ganz Mitteldeutschland sich die Metallarbeiter gegen das Diktat der Schwerindustrie in punkto Arbeitszeit wehren, scheint gerade ein Teil der Vaskoschen Belegschaft gewillt zu sein, die im Kampfgebiet verlorengehenden Arbeitsstunden durch Ueberstundenchinderei wettzumachen. Allen voran geht dort der Kassierer des VASKO, Brendel, der jede Woche 66 bis 70 Stunden arbeitet. Ebenfalls die aus Cöthen i. Anhalt zugereisten Kesselschmiede können es nicht bei der tariflichen Arbeitszeit bewenden lassen, sondern schreiten ruhig täglich 11 Stunden, weil sie angeblich nicht auskommen können! Also, anstatt ihre Lage durch Kampf um menschenwürdigen Lohn zu verbessern zu versuchen, glauben die Helden durch Ueberstunden ihre Lage erträglich gestalten zu können. Wann wird sich denn nun endlich Herr Sattler einmal um die Zustände kümmern? Oder ist es Herrn Sattler gleich, was seine Funktionäre machen? Der Arbeitern aber ist zu sagen: Werkt ihr nicht, wie ihr euch durch euer Verhalten selbst schädigt?

Schmieberg. Vom Buch und vom Lesen. Unser Arbeiterblättern ist so umfangreich und zählt zu ihrem Bestand so viel gute und schöne Werke, daß für jeden auch „sein“ Buch da ist. Bücher sind Freunde! Es muß nicht unbedingt nur Schiller und Goethe sein; Neben den vielen „Alten“ haben wir ja auch so manchen „Neuen“, die uns das Leben in Freud und Leid schildern und uns froh und stark machen. Bücher lassen uns alles schauen. Unsere Jugend steigt auf. Gläubige und schmerzbeugte Menschenkinder begleiten wir auf ihrem Lebensweg. Wir selbst werden gläubiger, aber das Leben anderer erzieht uns zu vornehmendem Urteil. Wir schauen die Wunder und Schönheiten anderer Länder. Gutvolle und schroffe Menschen zeigen uns Reichen und Dürre im Kampf ums Dasein. Wir sehen den Bergmann, den Schiffer und alle die anderen Arbeitsschreiber bei ihrem schweren, oft gefährlichen Beruf.

## Bezirks-Agitprop-Konferenz

am Sonnabend den 28. Januar im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Petersstraße (Wettinerbahnhof). Teilnehmen müssen alle UB-, Stadt-, AG-, und die Dresdner Betriebs- und Straßenzellen-Agitprop-Leiter. Beginn 18.30 Uhr.

# Aus der Oberlausitz

## Freidenkerberfammlung im Bauzner Bezirk

Ueber die Erziehung des Kindes in Elternhaus und Schule sprach im Auftrag des Verbandes für Freidenkertum und Freierbeziehung der aus seinen früheren Vortrags-tournees bekannte ehemalige Geistliche Josef Papert aus Dux in Böheim in Döberitz und Ralswiek. Gen. Papert wies in seinem Vortrage zunächst darauf hin, daß die heute in einer Zeit der raschen Kulturentwicklung das Schulwesen auf einen Stand bringen wollen, der mindestens 70 Jahre überwinden sein müßte, die Bedeutung der Schule wohl nicht erfaßt haben, daß aber das Kirchentum, das durch die Konfessionalisierung der Schule wider die Werttätigen in ihre Macht zu bekommen glaubt, sich ebenso durch eine Ueberhöhung der Schule und ihres Einflusses täuschen wird. Die Schule ist nicht die einzige Erzieherin der Jugend. Den Eltern gilt es zum Bewußtsein zu bringen, daß sie nicht die ganze Erziehung der Schule überlassen dürfen. Vernünftige Zeugnisregelung, Verhütung der Reimverderbnis durch Alkoholismus sind wichtige Forderungen zur Heranbildung einer besseren Menschheit. Grundforderung ist die wirtschaftliche Besserstellung zur Ermöglichung einer besseren Kindererziehung. Beseitigung des schädlichen Wohnungselends, Schaffung besserer Arbeits- und Lohnverhältnisse zur Verhinderung der Unterernährung des kleinen Kindes. Solange unsere wirtschaftlichen Kämpfe nicht dieses Ziel ermöglichen, bleibt nur der Schutz vor dem Kinde, das man nicht ernähren und erziehen kann, und dieser Schutz ist dann Pflicht eines tiefen sittlichen Verantwortlichkeitsgefühls. Die erste Kinderpflege ist dann am kleinen Kinde auch die erste Kindererziehung. Handgreiflich wird das aus Beispielen aus dem täglichen Leben gezeigt. Sittliche Gemüthsbildung, sittliches Beispiel der Eltern und aller Erzieher, gegenseitige sittliche Belehrung, in allem aber wahre Elternliebe müssen das Gute, das Wahre und Schöne dem Kinde zum Bedürfnis machen, Lohn und Strafe können langsam angewendet, helfen, soweit sie natürlich sind und der Tat entsprechen. Die Prägung ist in uns zu meiden. Die Schule soll aber nicht nur einfach eine Ergänzung der Erziehung, sondern eine Vervollständigung sein. Es wäre aber ein gewaltiger Fehler, wollte jemand schon das Kind zu einem konfessionellen Gegenstand erziehen. Nun gibt es freilich Gegenläufe, die keine Erziehung betreiben; die Gegenläufe zwischen Kapitalisten und Proletariaten, zwischen Bestehenden und Bestlofen. Dieser Gegenlauf wird im Keubelischen Gesellschaftswort durch die Erleichterung des Privatwohlstandes noch verstärkt. Dabei wird aber noch eine künstliche Zerrissenheit erzeugt durch die Konfessionalisierung der Schule. Diese Zerrissenheit des Volkes dient dem Kapital, das eine Erziehung zum Gemeinheitsgefühl fürchtet. Dazu wird auch durch die Konfessionalisierung das Schulwesen organisatorisch herabgedrückt, die Leistungsfähigkeit vermindert. Auch das liegt wieder im Interesse des Kapitals, das einen minder gekübelten Arbeiter braucht, weil der sich leichter ausbeuten läßt, da er geringere Ansprüche an das Leben stellt. Die Kirche, die mit der Forderung der Konfessionalisierung das deutsche Schulwesen zerrümpeln soll, zeigt so am besten, wie kulturfeindlich und volkstörend sie eigentlich ist.

In Döberitz schloß sich an den Vortrag eine recht lebhaft und anregende Debatte. In seiner einfachen, klaren Weise gab zunächst Herr Viskota einige Einzelheiten zur Erziehung des kleinen Kindes, dann sprach Herr Lehner zusammenfassend mit der Schule, der neue Geist, der in die Schule eingeblasen ist, solle auch im Elternhaus Verständnis finden. Das gilt auch in bezug auf die Prügelstrafe und den Autoritätsgeist, der auch im Elternhaus schwindet und durch Vertrauen und Liebe ersetzt werden müsse. Genosse Henkel unterließ noch die Forderung, zu kämpfen für ein besseres Gesellschaftssystem, in dem nicht eine ausbeutende Klasse die Schule zu zerrören droht. Andererseits ist aber der Kampf um die Schule ein Teil des Klassenkampfes. Die Vorträge waren alle gut besucht und werden nicht ohne nachhaltige Wirkung bleiben.

## Werbung für die Arbeiterstimme

In Neusalza-Spremberg ist es einem Genossen gelungen, in kürzester Zeit 18 neue Leser zu gewinnen. Genossen, macht's nach!

Lebenswahr vor uns stehen. Ihr Schicksal ist dem unseren gleich. Dann zeigen uns Vorkämpfer ihre Taten und Lebenserfahrungen. Kunst und Kunstgeschichte erschließt uns die Schöpfungen, und durch öfteres Betrachten, Vergleichen kommen wir allmählich dahin, daß alles Kleinliche, Kleingiebig, uns nicht mehr hält und bindet; offener und freier wird der Blick, klarer das Urteil in allen Dingen. Geschichte, die Brüden schlägt aus dem Gekirren ins Heute, zeigt auch den Weg ins Morgen. Das vermögen Bücher, weil sie Freunde sind. Möge nun die Aufstellung folgen, wie unsere Bibliothek sich aufbaut, und was sie dir bietet: A. Sammelwerke: Zeitschriften, Kalender, Atlanten, Lexika. B. Klassiker (Biographie, Philosophie). C. Romanne, Romellen, Erzählungen, Reisebeschreibungen unterhalten. D. Naturwissenschaften (Technik, Sport, Erziehung, Gelandenkunde). E. Kunst und Kunstgeschichte. F. Kunst und Kunstgeschichte. G. Wissenschaften (Technik, Sport, Erziehung, Gelandenkunde). H. Jugendchriften. J. Kunst und Kunstgeschichte. Durch ungefähr 3000 Bände, die in diesen Abteilungen verteilt sind, führt dich jetzt ein neues Bücherverzeichnis. Es wurde handschriftlich in mühevoller und uneigennütziger Weise angefertigt, vervielfältigt und liegt zu jeder Bibliotheksstelle, Kisten, 18 bis 20 Uhr, aus. Auch steht eine beschränkte Anzahl zu 8 bis 14 tägigen Entleiherung zur Verfügung. Daraus kann sich jeder die Bücher der Abteilung und Nummern nach abfordern, die er in kommender Zeit lesen will. Verbessere sich die Verhältnisse des VASKO, so wird das Bücherverzeichnis in Druck gegeben, damit in jedem Haushalt dieser Führer und Helfer vorhanden ist. Als letztes: Geht mit jedem Versuch, auch den alten, schonend um, denn was für Reparaturen vorausgesehen wird, geht den Neuanschaffungen verloren.

Kabenau. Der Vorbereitungsunterricht für die Jugendweihe 1928 findet am 1. Februar, 15. Februar, 29. Februar, 14. März und 28. März in der Schule, Zimmer 7, statt. Alle Eltern werden gebeten, ihre Kinder regelmäßig zu diesem Unterrichts zu schicken.

Bannwitz. Am Sonntag, dem 22. Januar, fand im Reichsausschuß im Amelgrund die Jahreshauptversammlung der KPD statt. In markigen Worten gedachte Genosse Fr. Scholz unserer großen dahingegangenen Führer Lenin, Liebnecht und Luxemburg und der vielen für das Proletariat gefallenen und auch der im Kerker schmachtenden tausenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Die anschließenden Neuwahlen waren bald erledigt. Mit dem gemeinsamen Gesang des Liedes „Arbeiter, ja! Sonne, ja! Freiheit!“ schloß die einwandsfreie Versammlung.

Jischowitz. Kapl. Ninte spricht wieder, und zwar in einem Vortragsabend des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Jischowitz, der am Sonnabend, dem 28. Januar, in der Schulturnhalle Jischowitz stattfindet, zu seinem Film „Nordlandfahrer“. Der Film schildert uns die Fahrt auf einem Motorschiff und führt uns in die Schönheiten des Landes der Winternachtszone, mit seinen wunderbaren Fjorden, eisgespannten Bergen, Eishöhlen und tosenden Wasserfällen und vermittelt uns Eindrücke, die schwer zu vergessen sind. Der Film ist wochenlang in den Großstädten gelaufen und von der Presse glänzend begutachtet worden. Es verfaume daher niemand diese günstige Gelegenheit, sich diesen Film anzusehen. Jugendliche haben Zutritt. Anfang 19.30 Uhr.

## Döbersdorfer Schulausschuß gegen den Reichsschulgesehtentwurf

Der Schulausschuß hat getagt. Nun aber schnell die Mißstände beseitigen, die durch den langen „Schlaf“ des Schulausschusses nicht besprochen wurden. Nebenbei sei erwähnt, daß es angebracht scheint, den Ausschuss im Jahre mehrere Male zusammenzurufen, damit zur Besorgung der Schule die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden können. — Den Voten als Vorsitzenden befehlt Herr Lehner Neubauer ab, diese Wahl wurde dadurch wettgemacht, daß zukünftig ein Beamter vom Gemeindevorstand als Schriftführer tätig sein soll. Eine Anfrage des Genossen Hartmann, ob diese Sitzung öffentlich sei, wurde mit einem Ja beantwortet. Hier scheinen aber besondere Methoden angewandt zu werden, um den Einwohnern die Sitzung bekanntzumachen, denn vom Publikum war nichts zu sehen, auch was man sich darüber noch nicht einig, in welchem Zimmer die Sitzung überhaupt stattfinden sollte, daraus ist doch zu ersehen, daß von einer öffentlichen Sitzung keine Rede sein konnte und die Bekanntmachung aus guten Gründen „verpakt“ worden ist. Jede Schulausschusssitzung soll von jetzt ab durch ortsübliche Bekanntmachung angezeigt werden. Ein Antrag, welcher befragt, gegen den beabsichtigten Keubelischen Schulgesetzentwurf zu protestieren, fand allgemeine Zustimmung. Der von uns gestellte Antrag hatte folgenden Wortlaut: „Der Ausschuss wolle bei der Ablehnung des Keubelischen Reichsschulgesehtentwurfes zu protestieren.“ Genosse Neumann begründete den Antrag folgendermaßen: dieses Schulgesetz auf der Grundlage des Entwurfes mindert die Leistungsfähigkeit der Volksschule, setzt an Stelle vollausgebauter Schulen Zwerg- und Spitterschulen. Das Gesetz bezweckt auch das Gegenteil und wirkt auf die Zusammenlegung von kleineren Schulen hemmend. Es schafft Gewissenszwang für einzelne Lehrer und stellt in seiner Gesamtheit eine ungeheure Belastung der Gemeinde dar. Obwohl im Ausschuss Mitglieder vertreten waren, denen die Ausführungen nicht behagen mochten, erfolgte doch kein Widerspruch. Herr Bürgermeister Ufer wünschte den Antrag in erweiterter Form, er wies auf die sächsischen Ausnahmebestimmungen — Bergheinz — hin. D diesem Antrag mit entsprechender Formulierung wurde zugestimmt. Schul- und Vermittlungsfreiheit ist nicht in dem Sinne zur Durchführung gelangt als wie allgemein angenommen werden konnte. Die Verwaltung hat im Haushaltsplan Geld zur Beschaffung von Vermittlern für Kinder bereitgestellt, zur Ausgabe des Materials sind die Klassenlehrer oder die dazu bestimmten Lehrer beauftragt. Nun kommt es aber öfters vor, daß, wenn die Kinder den Lehrer um ein Schreibheft bitten, der Lehrer zur Antwort gibt: „Heute ist keine Ausgabe.“ Das heißt ist aber vollgeschriebenen und zu Hause müssen doch die Schularbeiten gemacht werden. Die Eltern sind also gezwungen, auch aus Furcht, ihr Kind könnte bestraft werden (das ist auch der Fall), doch noch die Bücher zu kaufen. Eltern, die ihr euer Kinder in die Schule schicken, achtet darauf, daß derartige Schikanen von Seiten der Lehrer unterbunden werden, eventuelle Beschwerden sind an den Schulausschuß oder an den Elternrat zu richten.

## Verantwortlich für Politik: Bruno Goldhammer, Dresden; für Lokales: Richard Spengler, Dresden. — Druck: „Neuwag“, Dresden.



# Ein Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung

## Die Verwirklichung des Siebenstundentages

(Von unserem Sonderberichterstatter)

Der 16. Januar 1928 wird ein denkwürdiger Tag in der Geschichte der russischen Revolution im besonderen und der internationalen Arbeiterbewegung im allgemeinen sein.

Der Kampf um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und der Lebenslage der Arbeiterklasse ist mit dem heutigen Tage in ein neues Stadium getreten. Während in allen kapitalistischen Ländern der Arbeitstag unter Mithilfe der reformistischen Gewerkschaftsführer und der Sozialdemokratischen Parteien verlängert wird, während in Deutschland der Achtstundentag, die halbtägige „Erangenschaft“ der November-Revolution, schon längst dem Neum-, Jahn- und Elfsundentag Platz machen müssen, beginnt mit dem heutigen Tage die UdSSR unter Führung ihrer Kommunistischen Partei und unter Mitwirkung der revolutionären Gewerkschaften, die Umstellung der Industrie auf den Siebenstundentag praktisch in Angriff zu nehmen.

Als erste „Karte“ auf das Jubiläumstag der Sowjetregierung wird von heute ab in 14 Textilarbeiten mit insgesamt 75.000 Textilarbeitern nur 7 Stunden gearbeitet werden.

Weitere Textilfabriken, Betriebe der Metall- und elektrotechnischen Industrie, Holz- und Bauarbeiter, Arbeiter der Lebensmittelbranche, des Transportwesens, der Straßenbahn, Wasserleitung und Kanalisation usw. folgen in den nächsten Wochen und Monaten.

Nach dem Jubiläumsmanifest muß bekanntlich der Siebenstundentag als gesetzlich zulässige Maximalarbeitszeit im Laufe der allerersten Jahre vollständig im Geltungsbereich der UdSSR durchgeführt sein. Die Opposition nahm diese Aufforderung damals zum Anlaß demagogischer Angriffe gegen das heiligmäßige Siebenstundentag. Die Opposition behauptete, daß der „radikale Geist“ des Siebenstundentages keine praktischen Maßnahmen folgen würden und aus wirtschaftlichen Gründen auch nicht folgen könnten; außerdem behauptete die Opposition, daß die Partei „nur zur unrichtigen Zeit“ eine ihrer eigenen Oppositionsmaßnahmen übernommen habe. Die russische Arbeiterklasse aber wehrte sich aber wehrte um die eine noch die andere demagogische Behauptung, sie zeigte dem ganzen oppositionellen Verschwärmerband die „kalte Schulter“ und trat ruhig und zielbewußt die Vorbereitung zur Umstellung auf den Siebenstundentag.

Auf Grund der Richtlinien der Sowjetregierung mußten in allen Betrieben erst gewisse Voraussetzungen geschaffen werden, bevor der Siebenstundentag verwirklicht werden konnte. Die Rationalisierung der Betriebe, die fortschreitende Mechanisierung des Arbeitsprozesses ist selbstverständlich eine der wichtigsten Voraussetzungen, aber durchaus nicht die einzige. Die Umstellung auf den Siebenstundentag ist an folgende Hauptbedingungen geknüpft: Beibehaltung und dann Erhöhung des achtstündigen Arbeitslohnes bei siebenstündiger Arbeit, Beibehaltung und dann Senkung des Selbstkostenpreises der Produktion.

Da die Textilindustrie in der UdSSR technisch am modernsten eingerichtet ist, kam sie in erster Linie zur Einführung des Siebenstundentages in Frage. Doch mußte abgesehen von den Bedingungen erwies es sich als notwendig, gleichzeitig vom Achtstundentag zum Dreizehntage überzugehen. Das erforderte aber in bedeutendem Maße eine größere Zufuhr von Rohstoffen und Bereitstellung an Mitteln. Ferner wurde die Heranziehung von Arbeitskräften notwendig. Auch diese Frage war nicht so einfach zu lösen. In der UdSSR sind nur verhältnismäßig wenig qualifizierte Arbeitskräfte erwerbslos, und es müßten unqualifizierte Schwarzarbeiter in besonderen, meist 6 Monate dauernden, Kursen qualifiziert bzw. qualifizierte Arbeiter aus überflüssigen Arbeiterkategorien in solchen Kursen „umqualifiziert“ werden.

Wenn für die 14 Textilfabriken, die ab 16. Januar den Siebenstundentag einführen, waren für die dritte Schicht 17.785 neue Textilarbeiter erforderlich. Nur etwa 6.500 davon konnten aus den Fabriken selbst gestellt werden, d. h. aus den Arbeitskräften, die infolge der Rationalisierungsmaßnahmen in der betreffenden Fabrik oder in den benachbarten Textilbetrieben „ausgeparkt“ waren. Die übrigen 11.000 Arbeiter mußten aus den erwerbslosen Familienangehörigen, der Fabrikarbeiter, den arbeitslosen Mitgliedern des Textilarbeiterverbandes oder den oben bezeichneten neu bzw. „umqualifizierten“ Arbeitern entnommen werden. So steht die Rationalisierung in der UdSSR nicht nur den Siebenstundentag noch sich, sondern sie ist damit zugleich auch ein mächtiges Kampfmittel gegen die Arbeitslosigkeit.

Daß für die Umstellung auf das Dreizehntage müßten noch weitere Vorbedingungen geschaffen werden, die mehr auf sozialem und kulturellem Gebiet liegen. Die Arbeit in den Kinderkrippen und Kindergärten sowie in den Klubs müßte auf die Nacht ausgedehnt werden usw.

Aus allen diesen Gründen hat die Regierungskommission, die zur Durchführung des Siebenstundentages beim Volkswirtschaftsrat für Arbeit eingerichtet ist, bestimmt, daß in allen

Staatsbetrieben nur nach Prüfung und nach Genehmigung durch die Regierungskommission der Siebenstundentag verwirklicht werden dürfe. Einige Fabriken, die schon selbstständig dazu übergegangen waren, mußten vorläufig wieder darauf verzichten.

Die Regierungskommission ließ sich hierbei von dem Gesichtspunkt leiten, daß nur durch ein Höchstmaß von Planmäßigkeit und Zentralisation die reibungslose Umstellung auf den Siebenstundentag ohne schädigende Rückschläge (z. B. ungenügende Zufuhr von Rohstoffen) gewährleistet werden kann.

Von außerordentlicher Bedeutung für die schnelle Durchführung des Siebenstundentages ist es, daß die Regierungskommission zusammen mit den Gewerkschaften und Wirtschaftsverteilern kategorisch beschlossen hat, daß jede Fabrik, die später als am 1. Januar 1928 eröffnet wird — einschließlich der Konjunkturbetriebe! — von vornherein den Siebenstundentag einführen muß. Was für vernünftige Verhältnisse diese Verfügung eröffnet, kann man aus dem Plan der Obersten Volkswirtschaftsplanstelle ersehen, der im laufenden Wirtschaftsjahr den Bau von 84 großen Industrieunternehmen vorieht, von denen ein großer Teil schon Mitte bzw. Ende dieses Jahres in Betrieb genommen werden wird. In diesen neuen Unternehmungen werden insgesamt 200.000 Erwerbslose, in erster Linie Metallarbeiter, beschäftigt werden.

So wird im Laufe dieses Jahres die Zahl der Arbeiter in der UdSSR, die nur 7 Stunden arbeiten, mindestens 1 Million betragen.

Heute ist der Anfang mit 75.000 Textilarbeitern gemacht. Man muß hierbei noch in Betracht ziehen, daß die Textilindustrie zwar aus einer Reihe technischer Ursachen am besten geeignet ist für die sofortige Einführung des Siebenstundentages war, daß aber gerade hier die Umstellung auf das Dreizehntage am bedeutendsten Schwierigkeiten lief. 80 Prozent aller Textilarbeiter in den Betrieben der UdSSR sind weiblichen Geschlechts. Nach den Sommerferien dürfen Frauen während ihrer Schwangerschaft 7 Monate und stillende Frauen außerdem noch 7 Monate nicht nachts beschäftigt werden. Eindeutlich der jugendlichen Arbeiter, die gleichfalls nicht nachts arbeiten dürfen, kommen folglich für die dritte Schicht etwa 30 Prozent aller Beschäftigten nicht in Frage. Aber trotz all dieser Schwierigkeiten haben die von der Regierungskommission bestimmten 14 Textilbetriebe rechtzeitig alle Vorbereitungen getroffen, und konnten somit am heutigen 16. Januar ihren Betrieb auf den Siebenstundentag und das Dreizehntage umstellen. Die wirtliche Arbeitszeit in diesen Betrieben, abzüglich der Frühstückspause, wird nunmehr 6 Stunden und 18 Minuten betragen, während sie beim Achtstundentag 7 Stunden und 15 Minuten betrug! 55 Minuten pro Tag erhalten also die Arbeiter für ihre Erholung, ihre Schulung und Weiterbildung. So wird die Einführung des Siebenstundentages zu einer Voraussetzung für die Hebung des Kultur- und Lebensniveaus, die ihrerseits wiederum eine der Vorbedingungen für die weitere Vervollkommnung der Produktion ist.

In welchem Maße die Rationalisierung plus Einführung des Siebenstundentages und des Dreizehntages am besten geeignet ist für die sofortige Einführung des Siebenstundentages war, daß aber gerade hier die Umstellung auf das Dreizehntage am bedeutendsten Schwierigkeiten lief. 80 Prozent aller Textilarbeiter in den Betrieben der UdSSR sind weiblichen Geschlechts. Nach den Sommerferien dürfen Frauen während ihrer Schwangerschaft 7 Monate und stillende Frauen außerdem noch 7 Monate nicht nachts beschäftigt werden. Eindeutlich der jugendlichen Arbeiter, die gleichfalls nicht nachts arbeiten dürfen, kommen folglich für die dritte Schicht etwa 30 Prozent aller Beschäftigten nicht in Frage. Aber trotz all dieser Schwierigkeiten haben die von der Regierungskommission bestimmten 14 Textilbetriebe rechtzeitig alle Vorbereitungen getroffen, und konnten somit am heutigen 16. Januar ihren Betrieb auf den Siebenstundentag und das Dreizehntage umstellen. Die wirtliche Arbeitszeit in diesen Betrieben, abzüglich der Frühstückspause, wird nunmehr 6 Stunden und 18 Minuten betragen, während sie beim Achtstundentag 7 Stunden und 15 Minuten betrug! 55 Minuten pro Tag erhalten also die Arbeiter für ihre Erholung, ihre Schulung und Weiterbildung. So wird die Einführung des Siebenstundentages zu einer Voraussetzung für die Hebung des Kultur- und Lebensniveaus, die ihrerseits wiederum eine der Vorbedingungen für die weitere Vervollkommnung der Produktion ist.

Der heutige Übergang von zunächst 75.000 Textilarbeitern der UdSSR auf den Siebenstundentag ist ein Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Weit sichtbar leuchten für die internationale Arbeiterklasse am Welchen Morgenhimmel — zum Schrecken der Weltbourgeoisie — die Worte, die von den Klassenbewußten und Hegeserweisen russischen Proleten über dem Toringang der Textilfabrik „Rote Fabrik“ neben der Lösung: „Es lebe der Siebenstundentag!“ niedergeschrieben sind:

„Wir werden am Sozialismus bauen, wir bauen an ihm, wir werden seinen Aufbau vollenden.“

Kaufhaus  
Maximilian  
Reiner  
Heidenau-Nord  
Bahnhofstraße 10  
1A  
Glas-, Porzellan-, Steingut,  
Haus- u. Küchengeräte,  
Galanterie- u. Spielwaren

# An den Ufern des Hudson

Roman von H. Desberry

(43. Fortsetzung)

Harvey blinnte seine Frau erschrocken an. Welche Veränderung war seit dem Morgen mit ihr vorgegangen? Tiefe Blässe lag auf ihren Wangen, unter den eingeklinkten, unruhig blinkenden Augen dunkelten tiefe Schatten.

„Nein, Frau Ward, wir haben Muriel Brice noch nicht gefunden, wohl aber eine Spur, die uns zu ihr führen dürfte.“ Sie schaute kaum der Antwort, wandte sich heftig an ihren Mann, fragte bedend:

„Weshalb hast du Muriel Brice so sehr?“

„Weil ich weiß, daß sie John Rawlens Mörderin ist.“ entgegnete Harvey hart.

„John Rawlens“ summerte Grace auf. „Immer John Rawlens. Wird er denn ewig unseren Frieden stören, unser Glück vernichten? Dieser... dieser Feind...“

„Beruhigt harren die beiden Männer auf die junge Frau, die zitternd vor ihnen stand und in deren milden Augen jetzt heftiger Jörn funkelte.“

„Grace“, sprach Harvey sanft, „was ist dir? Wie kannst du nur so sprechen?“

Grace brach in Tränen aus, schluchzte:

„Wir waren so glücklich. Ich lernte allmählich vergessen, und jetzt...“

„Beruhige dich, Liebste. Komm, setz dich zu uns. Wir wollen dir alles erklären.“

„Nein, nein, ich will nichts hören, will allein sein, fühle mich nicht wohl, werde in den Wald gehen.“

Sie warf noch einen Scheuen Blick auf Harvey, hauchte dann fort:

Die beiden Männer verharren eine Weile schweigend. Tad Benson konnte gedankenvoll an seiner kurzen Weife, sich kleine Rauchwolken in die Luft. Schließlich sagte er:

„Harvey, die letzten Tage sind für Sie verdammt hart gewesen; ich weiß nicht, ob Sie imstande sind, noch etwas zu er-

tragen. Eigentlich müßte ich es Ihnen sagen... aber mir fehlt der Mut dazu...“

„Reden Sie nur. Was könnten Sie mir sagen, das fürchterlicher wäre als die Dinge, die ich gestern Nacht erlebt?“

„Harvey“, Tad Benson sprach langsam, mit sichtlichem Widerstreben. „Harvey, ich habe den Eindruck gewonnen, daß Ihre Frau etwas von Muriel Brice weiß.“

Harvey schnehte auf, packte den anderen beim Arm:

„Meine Frau? Unmöglich! Was fällt Ihnen ein, Tad?“

„Sahen Sie nicht Frau Wards Gesicht, als Sie von Muriel Brice sprachen?“

„Doch; aber das hat einen völlig anderen Grund. Grace glaubt, John Rawlens Schatten stehe zwischen uns beiden, sie fürchtet sich, seinen Namen zu nennen, hat den Aberglauben, der Tote gönne uns unsere Liebe und unser Glück nicht. Der Name Muriel Brice rief in ihr sofort die Erinnerung an John Rawlens wach.“

„Vielleicht haben Sie recht“, erwiderte Tad Benson, ohne rechte Überzeugung. „Bei mir freilich erweckt das Verhalten Ihrer Frau einen anderen Eindruck.“

Ausgeschloffen. Aber, um nun etwas Wichtiges zu reden als Hirngespinnst und den Whantänen eines nervösen überreizten Geschöpfes; wir müssen etwas für Rawlens tun.“

„Ja, daran dachte ich auch schon.“

„Er darf nicht in New York bleiben, muß logisch fort.“

„Ich werde in die Stadt fahren. Geben Sie mir etwas Geld mit, damit der Alte sich einschiffen kann.“

„Es ist für Sie zu gefährlich, Tad, die Stadt zu betreten. Ich ginge gern selbst, aber...“

„Bleiben Sie nur bei Ihrer Frau. Außerdem kenne ich die Schlafwinkel Newports besser, werde ihn leichter finden. Ich fahre erst, wenn es dunkel geworden ist.“

„Sie haben ungefähr meine Größe, Tad, werden meine Kleider antziehen, meine Mütze aufsetzen, dann wird man Sie nicht so leicht erkennen. Aber vor Neun laß ich Sie nicht fort. Und sobald Sie Rawlens gefunden und beschloffen haben, was für ihn das Beste ist, kommen Sie wieder heraus.“

„Gut, machen Sie sich meinnetwegen keine Sorgen. Wir RAW-Beute sind daran gewöhnt, unter Feinden zu leben, dem Tod um eines Haars Breite zu entgehen.“

Grace erschien nicht zum Abendessen, ließ sich entschuldigen, sie habe starke Kopfschmerzen.

## Arbeitszeit der Holzarbeiter bei Siemens Müller

(Arbeiterkorrespondenz)

Unterwegs gehen die Arbeiter zum Kampf für den Achtstundentag über. Nur der Betriebsrat der Holzarbeiter von Siemens Müller AG. scheint davon nichts zu wissen, sonst könnte er nicht immer seine Zustimmung zu weiteren Ueberstunden geben. Vor Weihnachten wurde 14 Wochen hintereinander täglich außer Sonntags eine Stunde länger gearbeitet, trotzdem es sehr leicht gewesen wäre, einige Ausschüsse einzustellen. Raum ist Weihnachten vorbei, so geht die Ueberstundenarbeit weiter. Diesmal sind der Grund der Ueberstunden die 12 kranken Kollegen des Betriebes. Aus Solidarität für die kranken Kollegen — so heißt es im Betriebsratsbericht — werden die Ueberstunden gemacht. Damit dieselben ihre Plätze wieder einnehmen können. Wo aber bleibt die Solidarität mit den erwerbslosen Kollegen, die auch froh wären, wenn sie einige Wochen Zuschläge machen könnten. Ist nicht vielleicht die hohe Krankenziffer eine Folge der vielen Ueberstunden? Warum kann man nach 14 Tagen Ausschüsse einstellen, wenn die Krankenziffer sich nicht vermindert hat? Warum man damit vielleicht die Plätze der kranken Kollegen ausfüllen, daß sie aus Sorge vor der Platzbesetzung noch krank zur Arbeit kommen? Warum besetzt man nicht die technischen Mängel in der Fabrik, damit würden die Ueberstunden sofort beseitigt sein. Die Veranlassungen, die zu den Ueberstunden führen, sind in der Mittagszeit statt, dazu verwendet man höchstens eine Viertelstunde. In diesen Versammlungen wird den Kollegen die Notwendigkeit der Ueberstunden planmäßig gemacht. Der Betriebsratsvorsitzende, der ja immer die Notwendigkeit der Ueberstunden für die Fabrik vertritt, trotzdem er keine Abnung von dem Fabrikbetrieb als Schlichter hat, ist immer dabei. Eine Aussprache ist in dieser Versammlung nicht erwünscht. Nur Ja gesagt, und die Sache klappert. Die Belegschaft ist zu 100 Prozent organisiert der Betriebsrat hätte wohl eine starke Stütze, wenn er selbst die nötige Kraft aufbringen würde, die Grundforderungen der Gewerkschaften bei der Betriebsleitung zu vertreten. Ist es dem Betriebsrat nicht klar, daß die Ueberstunden vielleicht nur eine Kampfmittelnahme der Unternehmer bedeuten? Am 31. März läuft der Tarif ab. Gelingt es dem Unternehmer, bis dahin alle Aufträge zu erledigen, dann kommt ihr getroffenes bis zum Verhungern. Das müßte auch der Betriebsrat wissen. Unverständlich bleibt noch die Zustimmung der Holzarbeiterverwaltung zu dieser verkappten Arbeitszeitverlängerung. Die Ortsverwaltung hätte die Pflicht, die gesamten Vertrauensleute über die Notwendigkeit der Ueberstunden zu hören. Die Kollegen im Betriebe aber müssen selbst erkennen, daß sie ihre Lage nicht mit dieser Arbeitszeit verbessern können, sondern nur durch den Kampf für den Achtstundentag und höhere Löhne. Wir dürfen nicht nur marktlebende Gewerkschaftler sein, sondern müssen jederzeit bereit sein, die Angriffe der Unternehmer auf die Arbeiterrechte abzuwehren.

## Gewerkschaftlicher Gottesdienst

Weihnachtsgottesdienst für das Holzgewerbe im Berliner Dom

Vor kurzem berichteten wir über die Weihnachtsfeier des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- u. Kaffee-Angestellten in Berlin. Dieser Verband hatte es fertiggebracht, seine Mitglieder in die Kirche einzuladen, wo ihnen eine Festansprache durch ein Pfarrer gehalten wurde. Verschiedene Anfragen aus Mitgliederkreisen lassen darauf schließen, daß nicht nur Parteigenossen sondern auch SWD-Kollegen es nicht für möglich halten, daß so etwas geschehen ist. Trotzdem wir beweiskräftig alle Einzelheiten ausgeführt haben, ist also auch den SWD-Arbeitern ein solches Treiben zu bunt. Um aber vollständige Klarheit zu schaffen, bringen wir die Anzeige aus der „Gewerkschaftszeitung“, dem Organ der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angestellten, vom 15. Dezember 1927:

## „Weihnachtsgottesdienst für das Holzgewerbe im Berliner Dom“

Der überaus gute Besuch des Weihnachtsgottesdienstes im Vorjahre gibt Veranlassung, auch in diesem Jahre einen Weihnachtsgottesdienst für die Angehörigen des Holzgewerbes zu veranstalten. Die Feier findet wieder im Berliner Dom statt, und zwar in der Nacht vom 22. zum 23. Dezember, von 12 1/2 bis 2 Uhr. Die Festansprache hält, wie im Vorjahre, Herr Dr. Antonowitsch aus der Kirche. Orgelvorträge und Darbietungen von Weihnachtsgesängen eines gemischten Chores von 50 Personen sind in der Festfolge vorgesehen.

Alle Arbeiter können sich durch diese Anzeige überzeugen, daß diese Veranstaltung wirklich stattgefunden hat und daß vor allem die Verbandsleitung einer freien Gewerkschaft ganz offen einen Gottesdienst veranstaltet. Die Opposition aller Gewerkschaften muß sich mit diesen Vorgängen beschäftigen, denn die Verbandsleitung der Hotel-, Restaurant- u. Kaffee-Angestellten kann etwas derartiges nur leisten, weil die Opposition in dieser Gewerkschaft durch den Hinauswurf der aktiven Verbandsmitglieder sehr geschwächt ist.

Um neun Uhr fuhr Tad Benson in Harveys großem Automobil fort, und Harvey, der Grace nicht stören wollte, begab sich in sein Arbeitszimmer.

Der Himmel hatte sich umwölkt, nun begann heftiger Regen niederzuströmen, ein Sturm erhob sich, piffte ährend und höhnend ums Haus, rüttelte an den Fensterscheiben — die ersten Anzeichen des nahenden Herbstes waren da.

Harvey setzte sich an den Schreibtisch und räufte den müden Kopf auf die Hand. Ankwiel war in den letzten vierundzwanzig Stunden auf ihn eingebrungen, allzu fruchtbar hatte er erlebt. Nun verlangte es ihn nach Ruhe, Schlafes, auf einige Stunden alles vergessen, vor allem nicht mehr daran denken, daß er handeln, daß er gegen den eigenen Vater vorgehen muß. Alle alte Kindesliebe, alle Dankbarkeit, die er persönlich diesem Manne schuldete, bäumten sich in ihm auf — und doch — es muß sein, er muß die Leute bekämpfen, deren ungeheuerliche Selbstsucht vor keinem Verbrechen zurückschreckt.

Harvey schauderte zusammen; nein, er darf heute Abend nicht mehr denken, überlegen, muß seinem Gehirn um jeden Preis Ruhe verschaffen. Er beschloß, ein hartes Schlafmittel zu nehmen, erhob sich und trat an den kleinen Medizinischrank, der an der Wand stand.

In diesem Augenblick öffnete sich die Tür und Grace glitt ins Zimmer. Sie lief mehr als sie ging, eilte auf Harvey zu, warf sich ungelüht in seine Arme, leuchtete:

„Harvey, das fürchterliche Gefühl... die schreckliche Angst... und der unerträgliche Schmerz im Kopf... genau, wie in jener... in jener Nacht... Jetzt kann ich mich noch an dich klammern, bei dir Hilfe suchen... aber vielleicht werde ich dich wieder zurückstoßen, fortlaufen müssen... Harvey, ich habe solche Angst, fühle, wie mein Herz pocht.“ Sie schmiegte sich enger an ihn. „Harvey, rette mich, laß mich nicht wieder in diesen fürchterlichen Zustand verfallen.“

Sie zitterte am ganzen Körper, blinnte mit zu Tode erschrockenen Augen stehend zu ihm auf.

Er zog sie neben sich auf das Sofa nieder, versuchte, sie mit sanften Worten zu beruhigen. Doch mußte er sehen, wie sich ihre Angst immer mehr und mehr steigerte.

(Fortsetzung folgt.)

**Freiwerte Möbel**

Zus eigener Holzwerkstätte

Dreitell. Wulf-Matratzen v. 19 Mk. an  
 werden nach Wunsch in jeder Größe angefertigt.

Einzelkangas ..... v. 39 Mk. an  
 Stahl-Einlage-Matratzen v. 9 Mk. an  
 Eiserne Bettstellen f. Ehe. v. 21 Mk. an  
 Eiserne Kinderbettstellen v. 24 Mk. an  
 Kleiderchränke, in Eiche  
 und Buchbaum gemalt, v. 59 Mk. an  
 Waschkommode mit  
 Platte ..... v. 58 Mk. an  
 Nachtschränken mit  
 Platte ..... v. 18,50 Mk. an  
 Stühle, Buchbaum poliert,  
 mit Rohrstütz ..... v. 8,50 Mk. an  
 Bettl., innen und außen  
 Eiche ..... v. 220 Mk. an

**E. Goldhammer**  
 19 Große Brüdergasse 19

Sämtliche aufgeführte  
**Möbel**  
 auch in Löbtau  
 Keffelsdorfer Str. 12, Laden

**Li-We**

Lichtspiele Wettinschlösschen  
 Weitzöhrle

Freitag bis Montag  
**Wilhelm Dieterle**  
 in dem hervorragenden Film  
**„LIEBESREIGEN“**  
 nach dem Roman „Der Kampf“  
 und das glänzende Besetzung  
 Vorführungen: Werktag 18.30, 20.30; Sonntag  
 14, 16.15, 18.30 Uhr / Eintritt jederzeit

**Carolabad**  
 Sonntag Pirna Sonntag  
**Große Ballschau**  
 Saal renoviert

Es laden ergeb. ein P. Taggesell u. Frau

**Bergrestaurant**  
 PIRNA

Jeden Sonnabend und Sonntag  
**Großer öffentlicher Ball**

Hierzu ladet ergeb. ein der Bergwirt

**Restaurant zum Anker**  
 Pirna Am Steinplatz

Besie Einkerquelle für Arbeiter-Vereine  
 und Sportler  
 Sitzungszimmer steht zur Verfügung  
 Hochachtungsvoll  
**M. Jausch u. Frau**

**Restaurant Bergfeller**  
 Meissen / Kallberg

hält sich auswärts bei aus  
 empfohlen / Eine Deutscher  
 Nummer nach ist

**Union**  
 ist billig!

**Gaststätte Schweizerhaus**  
 Meissen

empfiehlt sich durch  
 musik. Unterhaltung d.  
 Vorspielung d. J. Selbst-  
 spiel. Hupfeldgeigen  
 mit Klavierbegleitung  
 Einz. dastehend in Meissen

**WERBUNGS-ANZEIGEN**

haben den denkbar  
 besten Erfolg in der  
**ARBEITERSTIMME**

**Alle Lebensmittel**  
 • billig •  
**Wihl. Baege**  
 Pirna  
 Marktgasse  
 6% Rabatt

**Zucker**

set 1 Pfd. 0,55, bei 10 Pfd. 0,50,  
 im 2-Zentner-Sack 0,29

chokoladen- und Zuckerwaren-  
 fabrik **Richard Seibmann**,  
 Lisenaderstraße, Ecke Dammweg

**Wenn's niemand macht:  
 Oswald Machts!**

Hauptlager:  
**Kaubachstraße 31, 1. Etg.**  
 Ecke Pflanzler Straße

**Möbel**  
 aller Art

Große Auswahl! Billige Preise!  
 Günstige Zahlungsbedingungen!

**Gardinen-  
 Inventur-  
 Ausverkauf!**

Große Posten Stoffe, Uebergardinen usw.  
 z. T. bis 90% ermäßigt

**Vogtl. Gardinen-Fabriklager**  
 Dresden-N., Fritz-Reuter Straße 17  
 Straßenbahn 5, 6, 7, 12, 14  
 Der weiteste Weg lohnt

**Bedeutende Preismäßigung**

**Inventur-  
 Ausverkauf**

Beginn: Sonnabend, den 28. Januar

**B. Walther**

Freika-Potschappel  
 Untere Dresdner Straße 96

Mitglied des Rabaltporvereins

**Bettfedern-Reinigung mit  
 elektr. Betrieb (hygienisch)**

**Marie Steiner**  
 Meissen, Bloßentweg 2

**Central-Lichtspiele Meissen**

Montag und Donnerstag  
**Programmwechsel**

Beginn täglich 17.30 Uhr  
 Einlaß bis 21 Uhr

**Warme Würstel, warme Altdeutsche,  
 warme Knoblauchwürst**

Stellplatz, 1/2, Hund 35 Stenig, täglich frisch

**Emil Baul, Pirna Markt 14**

**Dank**

Beimgeliebt von der Einbürgerung unserer teuren ant-  
 schlofenen

**Käte Golthardt**

fügen wir allen beteiligten proletarischen Organisations-  
 sowie Mitarbeitern für die bewiesene innige Anteilnahme  
 unseren herzlichsten Dank.

Dresden, den 27. Januar 1925.

Die trauernden Hinterbliebenen heißt Bräutigam.

**Räumungsangebot**

solange  
**Vorrat**  
 reicht

**Hauskleiderstoffe** .....Mtr. 98  
**Jadendarmen** .....Mtr. 98  
**Knaben-Sweaters** .....Stück 2,50  
**Männer-Sirichjaden** .....von 6,50 an

ferner gewähre ich auf

**Damen-Sirichjaden, Pullover, Sport-  
 westen, Kinderkleidjaden**

**10%**

**Damenmäntel unter Preis**

Es kommen nur neue, moderne Waren zum Verkauf

**Seidel**  
 Modewarenhaus / seit 1861  
 Freitag-Deuben, am sächsischen Wolf  
 Laddekonat

**Farben / Lacke / Firnisse**  
**Pinself / Schablonen**  
**Polituren und Beizen**

kaufen Sie am vorteilhaftesten in der  
**Drogerie**  
**Otto Wiesner, Freitag-Deub**  
 Sächsischer Wolf

**PALAST-THEATER BAUTZEN**

Freitag bis mit Montag  
**Der Fürst von Pappenheim**

6 Akte nach der gleichnamigen Operette von Arnold  
 und Bach / In den Hauptrollen: Mona Maris, Curt  
 Bois, Dina Gralla, Werner Fuetterer, Lydia Potelina,  
 Hans Junkermann.

Dazu noch:  
**Betrogene Betrüger**

Abenteuerfilm in 6 Akten. Ein Mädchen als Einbrecherin.  
 Ein Film, spannend vom ersten bis zum letzten Akt.

Beginn: Wochentags 18.30 Uhr  
 Sonntags 16 Uhr

**Wundern billig!  
 Moch billiger im  
 Inventur-Ausverkauf**

Dieser ist immer ein besonderes Ereignis bei

**Albert Langer fr. E. Rohr Nachf. Pirna**  
 Dohnasche Straße 2